

AfD

„Knall“-Thema

Die AfD hält die Themen Asyl und Euro für „verbraucht“ und will bei der Vermarktung ihres neuen Programms voll auf Islamkritik setzen. Das zeigen interne E-Mails des Parteivorstands, die dem SPIEGEL und dem Recherchezentrum Correctiv.org vorliegen. Darin schreibt AfD-Vizechefin Beatrix von Storch an Vorstandskollegen, dass „der Islam das brisanteste Thema des Programms überhaupt“ und für die „Außenkommunikation“ am besten geeignet sei. „Asyl und Euro sind verbraucht, bringen nichts Neues“, so Storch weiter. „Die Presse wird sich auf unsere Ablehnung des politi-

schen Islams stürzen wie auf kein zweites Thema des Programms.“ Vor der AfD-Basis wollte Storch diese Strategie aber geheim halten. Zum Ärger vieler Parteifreunde waren entsprechende Passagen nicht in den Unterlagen enthalten, die für eine interne Umfrage an die Mitglieder versandt worden waren. Storchs Vorstandskollege Albrecht Glaser berichtete ihr per E-Mail, dass „die Zahl der Beschwerden“ über die starken Eingriffe in die Umfrage „nicht abreißt“. Storch hielt dagegen: „Wir müssen das Thema Islam mit einem Knall öffentlich machen! Wenn wir das – noch dazu in unverbindlicher Fragemanier – vorwegnehmen, machen wir einen kommunikativen Fehler.“ ama

Bundestag

Kein Hausausweis für Ex-RAF-Mann Klar

Der Linken-Abgeordnete Diether Dehm will vorerst keinen Bundestagshausausweis mehr für den Ex-RAF-Terroristen Christian Klar beantragen. Dehm teilte nach eigenen Angaben Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) mit, dass es derzeit keinen Bedarf hierfür gebe. Klar, der wegen neunfachen Mordes von 1982 bis 2008 im Gefängnis saß, kümmert sich als selbstständiger Webdesigner um den Internetauftritt Dehms. Als er kürzlich einen Ausweis haben wollte, mit dem er sich frei im Parlament bewegen könnte, lehnte die Polizei des Bundestags dies aus Sicherheitsgründen ab. Dehm protestierte: Klar habe sich „nach seiner Haftentlassung nicht das Geringste zuschulden kommen lassen“. Der Bundestag prüft auch wegen eines weiteren Streitfalls nun grundsätzlich, wann Abgeordnetenmitarbeitern ein Hausausweis verwehrt werden kann. Dieses Ergebnis wolle er abwarten, sagt Dehm. wow

Salem

„Fehler gemacht“

Im Streit um die künftige Ausrichtung des Prestige-Internats Salem rügen wichtige Gremien den Stil von Aufsichtsratschef Robert Leicht. Der ehemalige Chefredakteur der „Zeit“ hatte Mitte Februar auf einen kritischen Text eines Ehemaligen über die in Salem beschlossenen Strukturformen mit einem Forumbeitrag bei Cicero.de reagiert und die „Seriosität des Autors“ infrage gestellt. Der Exschüler habe „wirtschaftlich versagt“, eine Kreditauskunftei warne vor ihm, schrieb

Leicht in einem mittlerweile gelöschten Kommentar. Daraufhin distanzierte sich der Schulvorstand „deutlich von den Äußerungen des Vorsitzenden“, ebenso das Präsidium der Altsalemer Vereinigung. Seit der Entscheidung, die Unterstufe in die Mittelstufe zu integrieren (SPIEGEL 53/2015), versuche man, „Verhaltensweisen, die unter der Gürtellinie sind, abzustellen“. Leicht räumt ein: „Ich habe einen Fehler gemacht.“ Er habe aber keine Kreditauskunft eingeholt und niemanden beauftragt, eine solche einzuholen. Der ehemalige Schüler hat Strafanzeige gestellt. fri



Beschlagnahmtes Waffenlager eines Sportschützen

DPA

Waffenrecht

Mord statt Sport

Nach Recherchen der Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“ wurden seit 1990 in Deutschland mindestens 234 Menschen mit Schusswaffen von Sportschützen getötet – zuletzt Mitte Februar ein 65-jähriger Mann im Allgäu, der von seinem 88-jährigen Vater erschossen wurde. Die von der Bundesregierung im Juli 2014 genannte Zahl von 18 Todesopfern durch Sportschützen seit 2000 sei „grotesk“, kritisiert der Sprecher der Initiative, Roman Grafe. Sogar nach dem Schulmassaker von Winnenden im März 2009 seien mit Waffen

von Sportschützen mehr als 60 Menschen erschossen worden, trotz der „angeblichen Verschärfungen“ des Waffenrechts, wie einer Anhebung des Mindestalters für das Schießen mit großkalibrigen Waffen und strikteren Vorschriften zur Aufbewahrung. Auch die von der EU-Kommission geplante Novellierung würde „am Privileg privater Mordwaffen wenig ändern“, so Grafe; danach wäre etwa der Besitz halbautomatischer Schusswaffen, die wie vollautomatische Kriegswaffen aussehen, für Privatleute verboten. Grafe: „Daran, dass Sportschützen mit tödlichen Waffen schießen, ändert sich damit aber nichts.“ hip

Computerkriminalität

Digitaler Hausfriedensbruch

Die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann will eine Gesetzesinitiative gegen das Kapern fremder Computer für Botnetze starten. In diesen Netzen sind oft Tausende, mitunter Hunderttausende infizierter Computer miteinander verbunden, ohne dass deren Besitzer etwas davon ahnen. Häufig dienen die Netze dazu, Massen von Spam-Mails zu versenden. Kriminelle können die geballte Rechenkraft der Computer aber auch dazu nutzen, Firmen oder Computersysteme von Versorgungsbetrieben und Krankenhäusern lahmzulegen. Auch Millionen Passwörter und Bankdaten wurden nach Ermittlungen der europäischen Polizeibehörde Europol bereits mithilfe von Botnetzen erbeutet. Die dazu nötigen Schadprogramme, Bots genannt, werden häufig versteckt in E-Mail-Anhängen verbreitet. Die hessische Ministerin will mit einem neuen Gesetz gegen „digitalen Hausfriedensbruch“ bereits das Infizieren der Computer mit solchen Programmen unter Strafe stellen. Dagegen gebe es bislang keinen ausreichenden strafrechtlichen Schutz. In besonders schweren Fällen, etwa bei der Gefährdung öffentlicher Versorgungssysteme, soll eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren drohen. Den Gesetzentwurf will Kühne-Hörmann noch im Frühjahr im Bundesrat einbringen. mab